

7 Folgen der Coronakrise

Aufgrund eines eher geringen Materialumfangs können die Verlautbarungen zum Thema Corona für alle 106 Organisationen betrachtet werden. Wir stellen folgend typische Äußerungen zum Thema vor und setzen sie in Zusammenhang mit den oben beschriebenen Organisationsmerkmalen/Clustern.

73, also über zwei Drittel der Organisationen, erwähnen Corona oder Covid-19 auf ihrer Homepage und/oder Facebook-Seite. Darunter sind 6 Fälle, in denen diese Erwähnung ausschließlich beiläufig erfolgt (z. B. im Rahmen von Informationen über die coronabedingte Verschiebung von Veranstaltungen).

Die Inhalte können wie folgt kategorisiert werden:

1. Informationen zum Gesundheitsschutz, zu Impfungen, der Schließung von Einrichtungen usw.; Spendenaufrufe, auch für Maßnahmen in den Herkunftsländern zur Bewältigung der Coronakrise. Bei 52 Organisationen finden sich solche Informationen.
2. Politische Forderungen bezogen auf die Coronapolitik und auf die Folgen für die Klientel und die Organisationen. Bei 32 Organisationen finden sich solche Claims („Coronaclaims“).
3. Claims, die die Coronakrise zum Anlass nehmen, weitergehende politische Forderungen zu formulieren und die Pandemie als Verschärfung dessen ungeachtet bestehender Probleme (ungleiche Chancen; Bildungsungleichheit usw.) verstehen („Claims+“). Bei 28 Organisationen finden sich solche Claims.

Häufig treten diese Kategorien bei einer Organisation gleichzeitig auf, mitunter auch im selben Text. Dies gilt insbesondere für die Claims (in 18 Fällen). Ansonsten tritt Kategorie 3 ohne Kategorie 2 seltener auf (10 Fälle) als Kategorie 2 ohne Kategorie 3 (14 Fälle), was daran liegt, dass oftmals eine Verknüpfung von Forderungen bezogen auf die Pandemiebekämpfung mit darüberhinausgehenden Claims bezogen auf die eigene Klientel (zumeist Gleichheitsforderungen) vorgenommen wird, solche Forderungen mit Bezug auf Corona aber seltener formuliert werden, ohne auch konkrete Benachteiligungen durch die Coronapolitik zu benennen. Auch hier spielt

das Thema Antidiskriminierung eine wichtige Rolle, wenn es etwa um Corona als (zusätzlichen) Anlass für Ausgrenzung und Rassismus geht.

Werden allgemeine Gleichheitsforderungen erhoben, ohne auf die Coronapolitik einzugehen, so geschieht dies oft in grenzüberschreitenden Kontexten, indem (durch die Pandemie verschärfte) Diskriminierung in den Herkunftsländern von Migration thematisiert wird, woran sich Forderungen nach Gleichberechtigung in Deutschland anschließen.

Nicht immer ist dabei zwischen Kritik an den Coronamaßnahmen und darüberhinausgehenden Forderungen klar zu trennen. Mitunter werden explizit nur Maßnahmen im Kontext der Coronapolitik kritisiert, insinuiert wird aber weitergehende Ungleichbehandlung. Dessen ungeachtet wurden solche Stellungnahmen nur mit Blick auf ihren expliziten Gehalt kategorisiert, also die Kritik an den Coronamaßnahmen.

Betrachtet man das Vorhandensein coronabezogener Claims nach Clustern, so bestehen erhebliche Unterschiede.

Tabelle 11: Vorhandensein coronabezogener Claims nach Clustern (Quotient pro Organisation)

Cluster	Service	Coronaclaims	Claims+
1	0,5	0,1	0,3
2	0,6	0,3	0,3
3	0,7	0,7	0,6
4	0,5	0,3	0,2
5	0,3	0,2	0,0

Beim Vorhandensein von Serviceinformationen zeigt sich, dass die kleinen und ressourcenschwachen Verbände des Clusters 5 solche seltener bereitstellen als große und oft religiöse Verbände, die sich angesichts der Notwendigkeit der Organisation des religiösen und sozialen Gemeindelebens unter Coronabedingungen veranlasst sehen, Präventionsmaßnahmen, Verhaltensregeln, Schließungen und verwandte Themen zu kommunizieren. Analog zu der oben schon berichteten Beobachtung sind Coronaclaims tendenziell verbreiteter als die Claims+, allerdings gilt dies nicht in jedem Cluster. In Cluster 1 nehmen die oft herkunftslandoppositionellen Verbände die Pandemie zum Anlass, auf Ungleichheit und Diskriminierung in den Herkunftsländern hinzuweisen (siehe oben).

Auffällig ist eine Überrepräsentation der Coronaclaims und der Claims+ unter den Verbänden des Clusters 3. Bei diesen Organisationen handelt es sich um große, multikulturelle und säkulare Verbände mit nur seltener transnationaler Orientierung, die in der Regel guten Zugang zu Förderung und politischen Entscheidungsträgern und -strukturen haben. Diese Voraussetzungen haben in der Coronakrise dazu geführt, dass vermehrt pandemiebedingte Interessen der Klientel bzw. der Organisationen formuliert wurden, die Coronakrise aber darüber hinaus auch zum Anlass genommen wurde, weitergehende Forderungen zu stellen. Je über ein Drittel der Verbände mit Coronaclaims oder Claims+ gehören zu diesem Cluster mit seinen insgesamt (nur) 18 Organisationen, das damit für die Interessenartikulation des migrantischen Organisationsfeldes bezüglich der Coronakrise relativ bestimmend war.

Die folgende Aufzählung ist eine erschöpfende Übersicht der insgesamt von den Verbänden erhobenen Forderungen, differenziert nach Coronaclaims und Claims+:³⁷

Coronaclaims:

- Stigmatisierung aufgrund Migrationsgeschichte, Religion, Kultur oder Ethnie entgegenzutreten, auch im globalen Maßstab; diskriminierungsfreie Prüfung der Verwendung von Coronahilfen
- Aufmerksamkeit für migrationsbedingt prekäre Lagen und Entbürokratisierung (Geflüchtete, Saisonarbeiter*innen, Studierende, Kinder, internationale Familien)
- Lasten von Coronamaßnahmen gerecht verteilen
- Aufmerksamkeit für Geschlechterungleichheit bzgl. Krisenbetroffenheit, Unterstützung von Frauen
- Berücksichtigung Arbeitsmarktfolgen der Coronakrise für Beschäftigte mit Migrationsgeschichte bei überdurchschnittlicher Betroffenheit

37 Die hier berücksichtigten Claims decken ein breites Spektrum bezüglich der Bestimmtheit und auch unterschiedlicher Sprecher ab. So können gesellschaftliche Missstände nur angesprochen werden oder aber mit mehr oder weniger konkreten politischen Forderungen verbunden sein. Diese Darstellungen oder Forderungen können erfolgen, indem Positionen zitiert oder direkt von der Organisation oder ihren Funktionär*innen erhoben oder insinuiert werden. Auf eine quantifizierende Auswertung des Vorkommens der Claims wird aus methodischen Gründen verzichtet, da die ausgewerteten Internetseiten und Facebook-Profile oftmals Beiträge verlinken oder teilen. Damit ist eine Zählung der Häufigkeit von Claims nicht ohne Weiteres sinnvoll zu leisten.

- Primat Gesundheitsschutz
- Verschärfung von Bildungsbenachteiligung aufgrund Coronamaßnahmen verhindern
- Aussetzung von Kita-Gebühren; Aussetzung Studiengebühren für ausländische Studierende
- Berücksichtigung Kinder mit Migrationsgeschichte bei Digitalisierung der Schulen
- Mehr psychosoziale Hilfen für Kinder und Jugendliche
- Stärkung Prävention
- Verlässliche und transparente Schulpolitik
- Barrierefreiheit und Angemessenheit von Coronahilfen, Verzinsung von Studienkrediten
- Mehrsprachige Krisenkommunikation
- Vorgehen gegen Fake News und Verharmlosung, Wissenschaftsbasierung von Maßnahmen
- Ermöglichung von Veranstaltungen, insbesondere Gottesdiensten
- (Finanzielle) Unterstützung von Vereinen und Zivilgesellschaft, Beteiligung von Verbänden und MOs an Pandemiebekämpfung und Maßnahmenplanung
- Erhalt Personenfreizügigkeit in der EU, gegen Beschränkung der Reisefreiheit durch Coronamaßnahmen
- „Solidarsemester“ (Verlängerung der Regelstudienzeit, Nicht-Anrechnung Prüfungsversuche); Verlängerung Aufenthaltserlaubnisse, Aussetzung schulischer und universitärer Prüfungen
- Gerechte globale Verteilung von Impfstoffen

Claims+:

- Antirassismus
- EU-Minderheitenschutz
- Bildungsgerechtigkeit
- Bekämpfung soziale Ungleichheit, Geschlechterungleichheit, Kinderarmut, auch im globalen Maßstab
- Förderung Mehrsprachigkeit
- Diskriminierungsfreie Schule
- Bessere Wohnraumversorgung
- Stärkung und interkulturelle Öffnung Gesundheitssystem
- Stärkung MOs im Wohlfahrtspflegesystem und darüber hinaus
- Stärkung Jugendhilfe

- Globale Wissenschaftskooperation
- Informationsoffensiven gegen Verschwörungstheorien
- Berücksichtigung/Anerkennung kurdische Sprache

Das Beispiel der mit der Coronakrise verbundenen Claims illustriert die Breite migrationsbezogener Interessen, die sich entlang eines (wenn auch sehr bedeutenden) gesellschaftlichen Problems formieren. Der Migrationsbezug scheint keineswegs zu einer Verengung oder Fokussierung der Perspektive zu führen, im Gegenteil: Die im Forschungsstand erwähnte Multifunktionalität von MOs zeigt sich auch in den Claims, die viele Lebensbereiche und Gesellschaftssektoren adressieren, sei es durch themenspezifische oder allgemeinpolitische Verbände mit Migrationsbezug. Hinzu kommen aber noch gruppenspezifische Forderungen, was das Spektrum nochmals erweitert. Damit illustrieren die mit Corona verbundenen Claims aber auch, dass Möglichkeiten einer Zusammenführung migrationsbezogener Interessenvertretung in Dachverbänden begrenzt sind und sich die Situation hier kaum vom nicht-migrantischen Feld unterscheiden dürfte.

